

„Landwirtschaft ist keine Folklore“

Interviews mit den agrarpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen

Die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe in NRW wird entscheidend von der europäischen Agrarpolitik beeinflusst. Über die Umsetzung der neuen EU-Agrarreform in NRW sowie über die daraus resultierenden Chancen und Risiken sprach Landtag intern mit den agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen:

Irmgard Schmid (SPD), Eckhard Uhlenberg (CDU), Felix Becker (FDP) und Reiner Priggen (GRÜNE).



Irmgard Schmid (SPD)

Wird die EU-Agrarpolitik in NRW umgesetzt und wie sehen die Rahmenbedingungen für die Landwirte aus?

Schmid: Die Landwirtschaft ist in NRW mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ein herausragender Wirtschaftszweig. Das soll so bleiben. Deshalb brauchen wir eine Landwirtschaft – konventionell wie auch ökologisch – die moderne Produktionsmethoden einsetzt. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft setzt auf artgerechte Tierhaltung, auf umweltgerechte Bodennutzung, auf Hygiene und auf Produktsicherheit. Das schafft zugleich ein besseres Arbeitsklima für den Landwirt. Damit unsere Betriebe wettbewerbsfähig bleiben, haben die Koalitionsparteien im „Düsseldorfer Signal“ festgeschrieben, dass bei uns in NRW EU- und Bundesrecht 1:1 umgesetzt werden. Darüber hinausgehende Regelungen kann es auf freiwilliger Basis geben. Sie setzen Akzeptanz durch die produzierenden Betriebe ebenso voraus wie die Honorierung durch die Verbraucher, die

mit ihrem Kaufverhalten entscheiden, was sich am Markt durchsetzt.

Uhlenberg: Die wird umgesetzt. Es ist ja so, dass die Agrarpolitik zum großen Teil in Brüssel bestimmt wird. Wir haben seit den 50er Jahren die gemeinsame europäische Agrarpolitik. Das war einer der ganz wenigen Politikbereiche, die damals auf europäischer Ebene zusammengefasst worden sind. Die Vorteile liegen darin, dass man für alle Mitgliedsstaaten der EU gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen versucht. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Wettbewerbsverzerrungen zwischen den einzelnen Ländern abgeschafft werden, indem beispielsweise die gleichen Umweltauflagen gelten. Jede zusätzliche nationale oder landespolitische Auflage kann die Produktion ins Ausland verlagern. NRW ist das drittgrößte Agrarland in Deutschland. Von der Agrarpolitik hängen in NRW mehr Arbeitsplätze ab als beispielsweise von der Kohle. Landwirtschaft ist keine Folklore, sondern ein ernst zu nehmender Wirtschaftszweig.



Eckhard Uhlenberg (CDU)

Becker: Die Umstrukturierung der Agrarpolitik hat ja schon 1990 mit der Agenda 2000 begonnen. Hintergrund war, den Standort Europa als Wirtschaftsstandort globalisierungsfähig zu machen. Deshalb ist man übereingekommen zu sagen, unsere Landschaft ist kein Handelsgut, sie fällt nicht unter die WTO-Regelung und deshalb sollen die Landwirte für ihre Leistungen in der Landschaft subventioniert werden. Das ist auch völlig korrekt. Die Frage ist jetzt: Wie setzen wir die neuen EU-Beschlüsse in NRW um? Da hat sich die Landesregierung noch nicht klar geäußert. Ein FDP-Fachausschuss wird am Monatsende dieses Thema erörtern. Es gibt zwei Modelle. Die Finanzmittel werden entweder über die Betriebe oder regional verteilt. Hier müssen wir Kombinationsmodelle finden. Benachteiligt sind bei uns eindeutig die Rindvieh haltenden Betriebe, vor allen Dingen die Milchbauern. Gerade die wollen wir in den benachteiligten Regionen erhalten. Hier gibt es allerdings noch keine abschließende Lösung. Es gibt jedoch einen weiten Konsens in NRW, die flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten.

Priggen: Mit der EU Osterweiterung steht auch die Struktur der Subventionen für die Landwirtschaft zur Diskussion. Notwendige Subventionen müssen effizienter eingesetzt werden. Langfristig ist es das Ziel, zu einer einheitlichen Flächenprämie zu kommen. Das geht aber nicht in einem Zug. Zunächst wird das Gros der Prämien weiterhin als betriebsindividuelle Prämie gezahlt. Ein kleiner Teil wird in eine Flächenprämie umgewandelt. Ziel ist es dabei, vor allem die bisher benachteiligten Grünlandregionen der Milchwirtschaft besser zu stellen. Mit der Umstellung wird ab 2005 begonnen werden. Das Ziel ist, diese etwa 2012 abzuschließen.

Es gibt etwa 50.000 landwirtschaftliche Betriebe in NRW. Was hat der Strukturwandel gebracht und wo führt er in NRW hin?

Schmid: Mit knapp 51.000 Betrieben ist NRW ein wichtiges Agrarland. Die SPD achtet auf die Interessen der Bauern, und wir stehen ihnen beim Strukturwandel zur Seite. An vorderster Stelle steht die Existenzsicherung. Deshalb wollen wir eine verbraucherorientierte, tierschutz- und umweltgerechte sowie wettbewerbsfähige Landwirtschaft.

Eines muss klar sein: Landwirtschaftliche Betriebe sind in erster Linie Wirtschaftsbetriebe und müssen als solche erfolgreich sein. Eine zukunftsorientierte Politik für Verbraucher und Landwirtschaft überwindet die klassische Trennung der Interessen. Sie betrachtet alle, Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucher, von der

Ladentheke aus und führt Produktion, Veredelungswirtschaft, Handel und Verbraucher zusammen. Landwirte und Verbraucher sitzen in einem Boot.

Uhlenberg: Wir hatten bis vor wenigen Jahren einen jährlichen Strukturwandel in einer Größenordnung, dass zwei Prozent der Betriebe aufhörten. Der Strukturwandel hat sich in den letzten Jahren beschleunigt, so dass man mittlerweile davon ausgehen kann, dass vier Prozent der Betriebe aufhören. Diesen Strukturwandel kann man nur ein Stück weit durch Politik beeinflussen. Aufgabe der Politik ist es aber, möglichst günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, was ich bei der Landesregierung vermisste. Ein Grund für den Wandel ist der technische Fortschritt. Das heißt, immer weniger Arbeitskräfte können immer mehr erzeugen. Teil des Strukturwandels ist es, dass die Betriebe, die überleben, immer größer werden. Wir müssen uns diesem Wandel stellen.

Becker: Der Strukturwandel geht im Moment rasant weiter. Er ist nochmals durch die neue Agrarpolitik beschleunigt worden. Das hängt damit zusammen, dass es viele Erschwernisse gegeben hat, z.B. über das Artikelgesetz was Stallneubauten angeht. Zudem sind eine Menge neuer Umweltauforderungen gekommen, die sehr teuer sind. Die Kosten hierfür können große Betriebe natürlich besser verteilen, während die kleinen Betriebe benachteiligt sind. Man muss allerdings auch so ehrlich sein und sagen, es geht nicht ohne diesen Strukturwandel. Der betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche. Nur der Maßstab muss immer sein: Kulturlandschaft erhalten und umweltfreundliche Produktion erhalten. Beides kann man erreichen, egal ob man als Landwirt 100 Hektar oder nur 10 Hektar bewirtschaftet.

Priggen: Von den 50.000 Betrieben sind nur noch rund 24.000 Vollerwerbsbetriebe. Jedes Jahr werden nur noch ca. 320 Landwirte ausgebildet. Das reicht bei weitem nicht, um die zur Generationenübergabe anstehenden Betriebe zu erhalten. Also ist sowohl das Flächenwachstum der einzelnen Betriebe ansteigend als auch die Zahl der Gesamtbetriebe rückläufig. Gleichzeitig bekommen wir durch die EU Osterweiterung noch einmal 50 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen der bisherigen EU dazu, aber nur 30 Prozent der Bevölkerung. Gleichzeitig stehen wir in einem zunehmenden

starken internationalen Wettbewerb, bei dem Agrarprodukte verstärkt auf die europäischen Märkte drängen. Die einzige Chance die wir haben, ist zum einen, alles was neu an Wertschöpfung in der Landwirtschaft umsetzbar ist, zu nutzen. Ich denke dabei vor allem an die zusätzlichen Nutzungen im energetischen Bereich (Biogene Treibstoffe, Windkraft, Biogas etc.). Zum anderen müssen wir mehr Wertschöpfung aus der Veredelung in der Landwirtschaft halten. Beispiele dafür sind die Direktvermarktung und die regionale Vermarktung. Und drittens werden bezahlte Umweltvorsorgemaßnahmen zukünftig einen stärkeren Anteil des Einkommens der Landwirte ausmachen.

Behält NRW im Zuge der EU-Agrarreform noch regionale Gestaltungsspielräume? Welche Kompetenzen bleiben in NRW, welche gehen an Brüssel verloren? Und was ist ihr wichtigstes Ziel für die Agrarpolitik in NRW in naher Zukunft?

Schmid: Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik werden im hohen Maße von der EU gestaltet. Gegenwärtig erleben wir eine lebhafte Diskussion um die Weiterentwicklung der Agenda 2000. Die Landwirtschaft als Heger und

Pfleger der Landschaft und der natürlichen Ressourcen muss angemessen unterstützt werden. Landwirtschaft ist heute multifunktional. Sie ist mehr als die Produktion sicherer, qualitativ hochwertiger aber auch preiswerter Nahrungsmittel. Zurzeit haben wir auf Bundesebene noch kein endgültiges Konzept einer veränderten Förderpraxis. Die SPD setzt auf bundeseinheitliche Regelungen und auf den Dreiklang von Vereinfachung, Bürokratieabbau und dem Vermeiden von Wettbewerbsverzerrungen.

Uhlenberg: Wir haben eine Neukonzeption der europäischen Agrarpolitik. Im Rahmen dieser Neukonzeption können die einzelnen Bundesländer bestimmen, wie die Zahlungen der EU in dem

jeweiligen Land zur Anwendung kommen. Sinnvoll ist es, dass es in Deutschland möglichst zu einer Angleichung der einzelnen Konzepte der Bundesländer kommt. Diese Frage wird gerade auf der Agrarministerkonferenz diskutiert. Ziel in NRW muss es sein, dass die Ausgleichszahlungen, die von der EU nach NRW geflossen sind, auch künftig hierhin fließen. Die bestehenden, produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe müssen die Nutznießer dieser Gelder sein. Wenn wir alles in die Flächen geben, dann schwächen wir die Zukunftsbetriebe, die wir brauchen. Hauptziel sollte zudem sein, dass wir eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft bekommen, die sich im europäischen Markt behaupten kann und dass die Verbraucher aus NRW möglichst viele Produkte aus NRW essen können. Dafür muss man auch den jungen Landwirten Mut machen.

Becker: Ich bin dafür, die regionalen Kompetenzen so weit als möglich zu erhalten. Darüber wird im Moment verhandelt. Wir haben ja das NRW-Kulturlandschaftsprogramm, das die Landesregierung aufgelegt hat, was auch gar nicht so schlecht ist. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich die Wettbewerbsbedingungen in NRW gleich halten. Wir haben ja den Nachbarn Niederlande als ernst zu nehmenden Konkurrenten. Wichtigstes Ziel für NRW wird es sein, eine ökonomisch-perspektivische Zielgebung für die Landwirtschaft zu erhalten bzw. herauszubilden, damit auch junge Menschen nach wie vor in der Landwirtschaft eine Zukunft sehen.

Priggen: Wir verlieren im Zuge der EU-Reform keine Kompetenzen. Wir erhalten zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten. Und die nutzen wir bereits jetzt im Förderprogramm ländlicher Raum, mit Unterstützung der EU-Mittel und der Kofinanzierung durch Bundesmittel. Das wichtigste Ziel ist diese Möglichkeiten offensiv zu nutzen, zusätzliche Umweltaufgaben zu übernehmen und dafür Geld zu bekommen. Die niederländischen Landwirte gehen davon aus, dass sie in wenigen Jahren 30 Prozent ihres Gehalts über Umweltmaßnahmen verdienen. Ich sehe hier eine große Chance für eine umweltverträglichere Landwirtschaft. Die EU eröffnet uns Spielräume. Wir müssen sie nur nutzen.



Felix Becker (FDP)



Reiner Priggen (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.